

## Freitag, 31 Mai 2002 Vormittag

|                  |   |
|------------------|---|
| Vorsitz:         | Standespräsident Vitus Locher   |
| Protokollführer: | Beat Dermont  |
| Präsenz:         | anwesend 105 Mitglieder   |
|                  | entschuldigt: Brunold, Butzerin, Conrad, Gross, Hess, Kessler, Maissen, Meyer Persili, Montalta, Rizzi, Scharplatz, Tramèr, Zarro, Zegg |
| Sitzungsbeginn:  | 9.30 Uhr  |

---

### 1. Erhaltung der Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 3. März 2002

|                                  |                                 |
|----------------------------------|---------------------------------|
| Sprecherin der Justizkommission: | Cahannes                        |
| Regierungsvertreterin:           | Regierungsrätin Widmer-Schlumpf |

*I. Detailberatung*                      *Jusitzkommission und Regierung* beantragen, die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 3. März 2002 zu erwahren.

*II. Beschluss*                              Der Grosse Rat erwahrt mit 88 zu 0 Stimmen die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 3. März 2002.

### 2. Nachtragskredite der 5. Serie zum Voranschlag 2002 und Kenntnisnahme der Nachtragskredite der 1. - 4. Serie zum Voranschlag 2002

|                        |                                 |
|------------------------|---------------------------------|
| Sprecherin GPK:        | Bühler                          |
| Regierungsvertreterin: | Regierungsrätin Widmer-Schlumpf |

*I. Eintreten*                                Die *GPK* beantragt, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

*II. Detailberatung*                        Genehmigung der Nachtragskredite der 5. Serie zum Voranschlag 2002 und Kenntnisnahme der Nachtragskredite der 1. - 4. Serie zum Voranschlag 2002.

*III. Beschlüsse*                            Der Grosse Rat genehmigt alle Nachtragskredite der 5. Serie zum Voranschlag 2002 mit 88 zu 0 Stimmen.

Der Grosse Rat nimmt von den Nachtragskrediten der 1. - 4. Serie zum Voranschlag Kenntnis.

### 3. Postulat Noi concernente l'anticipazione della traduzione dei testi di legge per il Gran Consiglio e per la popolazione (Wortlaut Märzprotokoll 2002, Seite 622)

|                      |                           |
|----------------------|---------------------------|
| Erstunterzeichnerin: | Noi                       |
| Regierungsvertreter: | Regierungspräsident Lardi |

*I. Antrag Regierung*                      Die Regierung beantragt, das Postulat im Sinne ihrer schriftlichen Ausführungen abzulehnen.

*II. Beschluss* Der Rat lehnt das Postulat im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 44 zu 29 Stimmen ab.

**4. Neubau einer Mediothek für die Pädagogische Fachhochschule in Chur** (Botschaft Heft Nr. 2/2002-2003, Seite 107)

Kommissionspräsidentin: Christ  
Regierungsvertreter: Regierungspräsident Lardi

*I. Eintreten* Die Kommission und die Regierung beantragen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

*II. Detailberatung* Antrag Kommission (10 Stimmen) und Regierung  
Rückweisung des Geschäftes an die Regierung zur Realisierung eines Provisoriums für eine Mediothek für die Pädagogische Fachhochschule

*Abstimmung*  
Der Antrag wird mit 70 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

*III. Beschluss* Der Grosse Rat weist das Geschäft mit 70 zu 0 Stimmen an die Regierung zur Realisierung eines Provisoriums für eine Mediothek für die Pädagogische Fachhochschule zurück.

**5. Totalrevision des Konkordates vom 30 Juni 1964 betreffend die Schweizerische Ingenieurschule für Landwirtschaft (SHL)** (Botschaft Heft Nr. 1/2002-2003, Seite 1)

Kommissionspräsident: Caviezel  
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

*I. Eintreten* Die Kommission und die Regierung beantragen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

*II. Beschluss* Der Grosse Rat genehmigt die Totalrevision des Konkordates vom 30 Juni 1964 betreffend die Schweizerische Ingenieurschule für Landwirtschaft (SHL) gemäss Ziffer 2 der Anträge auf der Seite 13 der Botschaft Heft Nr. 1/2002-2003 mit 60 zu 0 Stimmen.

Schluss der Sitzung: 11:50 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

## I N T E R P E L L A T I O N

### betreffend Umsetzung des kantonalen Sprachenkonzepts auf der Volksschuloberstufe

Gemäss der vom Grossen Rat im Oktober 2000 revidierten Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz möchte die Regierung das neue Sprachenkonzept für die Oberstufe auf Beginn des nächsten Schuljahres (August 2002) in Kraft setzen. Die Vorbereitungen dazu zeigen, wie schwierig es ist, das theoretische Modell in die Praxis umzusetzen. Zum Teil zeichnen sich in den verschiedenen Regionen völlig unbefriedigende Lösungen ab. In einigen Gemeinden wird das Rätoromanische vollständig aus der Grundschule verdrängt. Die Regierung wird gebeten, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. In diversen Schulverbänden in Sprachgrenzgebieten droht, wie Beispiele aus Ilanz, Trin, Imboden, Domleschg, Andeer etc. zeigen, dass das Rätoromanische im Unterricht eindeutig den Kürzeren zieht. Im Falle von Feldis, Scheid und Valendas verschwindet es im Zusammenhang mit dem neuen Sprachenkonzept völlig aus der Schule. Zum Teil beruht dies auf dem Imperativ des Italienischen im zugehörigen Oberstufenverband, zum Teil auf falschen oder unzulässigen Fragestellungen auf Formularen; da wurde sogar romanisch sprachigen Schülern gesetzeswidrig die Abwahl ihrer eigenen

- Muttersprache zugemutet. Wie verhält sich solches Handeln mit den Versprechungen zur Förderung des bedrohten Rätoromanischen, und was gedenkt die Regierung gegen solche diskriminierende Praktiken zu unternehmen?
2. In Artikel 16bis der Vollziehungsverordnung beschloss der Grosse Rat einen Absatz: "Die Regierung erlässt Regelungen über Abwahlmöglichkeiten." Wurden diese Regelungen erlassen, und, wenn ja, wie lauten sie?
  3. Dem Vernehmen nach werden nur sehr wenige Schüler der Oberstufe das Wahlfach Französisch wirklich unterrichtet bekommen, dies im Gegensatz zu vielen Versprechungen behördlicherseits, die im Rahmen der Gesetzesberatungen das Gegenteil behaupteten. Auf Erhebungsformularen stand beim Fach "Französisch" in Klammer der Hinweis "nicht empfohlen". Stimmt es, dass Französisch wegen Überlastung der Stundentafel überwiegend ausserhalb der regulären Unterrichtszeit erteilt werden soll? Wie viele Schüler haben im Schulverband Ilanz und wie viele in Chur Französisch als Wahlfach gewählt (in absoluten Zahlen und prozentual zu allen Schülern), und wie viele davon sollen ab nächstem Herbst tatsächlich Unterricht in dieser Sprache erhalten?
  4. Wie gedenkt die Regierung, dem folgenden Passus in den Artikeln 16 und 19 der Vollziehungsverordnung Nachachtung zu verschaffen: "Diejenigen Landessprachen, welche nicht als Pflichtfächer angeboten werden, sind unabhängig von der Teilnehmerzahl als Wahlfach anzubieten."? Wie soll dies hinsichtlich des Rätoromanischen und des Französischen geschehen?
  5. Wie beurteilt die Regierung die folgende Situation: In Zukunft werden die meisten Bündner Schüler die Volksschule ohne Französischkenntnisse verlassen und stehen nachher in vielen Berufen arbeitsmarktlich in einem höchst nachteiligen Wettbewerb mit Schülern der anderen Kantone, die einen obligatorischen Französischunterricht genossen haben? Insbesondere bei der Bundesverwaltung und den Bundesbetrieben (z.B. Karriere bei der Post und SBB) werden Französischkenntnisse vorausgesetzt. Was gedenkt die Regierung hinsichtlich der Wettbewerbsnachteile für die Schüler des Moesano zu tun, die sich in Bezug auf Ausbildung und Berufsausübung auf den Kanton Tessin ausrichten müssen?

**Bucher**, Dermont, Christoffel, Augustin, Battaglia, Berther (Disentis/Mustér), Brüesch, Butzerin, Casanova (Vignogn), Cathomas, Comazzi, Conrad, Dalbert, Giuliani, Hardegger, Jenny, Joos, Koch, Lardi, Mani, Noi, Parolini, Stiffler, Tuor (Trun)

Für die Genehmigung des Protokolls  
durch die Redaktionskommission:  
Der Landespräsident: Vitus Locher  
Der Protokollführer: Beat Dermont